

Heinrich-Böll-Stiftung
Festung Europa ?
Effekte und Konsequenzen von Arbeitsmigration

Dokumentation der Konferenz

Panel I

Langfristige Konsequenzen von Arbeitsmigration: Soziale und ökonomische Herausforderungen

ReferentInnen: Patrick Taran - International Labour Organisation (ILO)
Jeroen Doomernik - Universität Amsterdam
Omid Nouripour - Bundesvorstand Bündnis 90/ Die Grünen
Esra Erdem - Universität Amhurst , USA
Moderation: Mariam Tutakhel, Heinrich-Böll-Stiftung

Patrick Taran skizzierte Migration als ein komplexes System von Ursache und Wirkung. Sie ist eine Reaktion auf den immer schnelleren ökonomischen und demographischen Wandel, wie auch auf die verschlechterten Lebensbedingungen in vielen Weltregionen und die Unfähigkeit genügend Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Prognosen machen deutlich, dass Europa weiterhin auf Migration angewiesen sein wird. Trotz der Auslagerung ganzer Wirtschaftszweige werden eine Vielzahl von Bereichen ohne Migration ihren Personalbedarf nicht decken können, weil sie örtlich gebunden sind. Derzeit sind ArbeitsmigrantInnen, vor allem die mit ungesichertem Status für die „drei Ds“ zuständig, die „dirty, dangerous and degrading jobs“. Einer Studie zufolge sind 37% der MigrantInnen in Europa von Diskriminierung betroffen. Sie verhindert die Integration in die Aufnahmegesellschaft und führt dazu, dass „neue“ MigrantInnen gegenüber den „alten“ zusätzlich benachteiligt werden. Veränderungen sind auch in der Gesellschaft notwendig: Vorstellungen von nationaler Identität, die von einer „mono-ethnisch“ geprägten Gesellschaft ausgehen, sind in Frage zu stellen, und die Menschenrechte müssen für alle gelten. Die ILO fordert, dass Grundrechte in Form von internationalen Vereinbarungen, Standards und Rechtsgrundsätzen für alle Menschen gelten müssen, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben. Zudem muss gegen Diskriminierung und Rassismus gezielt vorgegangen und die internationale Zusammenarbeit verbessert werden. Die ILO wird eine Webseite einrichten, wo dafür Informationen und Beispiele veröffentlicht werden.

Jeroen Doomernik analysiert die Migrationsdebatten in Deutschland und den Niederlanden: Lässt sich der jeweilige Umgang auf unterschiedliche historische Erfahrungen zurückführen? Er fragt sich, welchen Einfluss das „Gastarbeiter-Trauma“ hat, also die Erfahrung, dass die nur auf Zeit gerufenen ArbeitsmigrantInnen dauerhaft geblieben sind. Die Niederlande wollen nur noch hochqualifizierten MigrantInnen einen permanenten Aufenthalt gestatten. Zwar haben die Niederlande die Umgestaltung von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft bereits vollzogen, ein bestimmter Prozentsatz von Menschen - Zugewanderte und Einheimische - wird permanent vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben (ca. 900 000 Menschen in den Niederlanden). Unter diesen Bedingungen ist die Notwendigkeit von Einwanderung schwer zu vermitteln - siehe auch die deutsche Debatte. Gastarbeiter waren in den „alten“ Ökonomien für zeitliche begrenzte Arbeiten eingesetzt worden - in den neuen Dienstleistungsgesellschaften besteht eine wachsende permanente Nachfrage in den Sektoren, die nicht mobil sind, z.B. im Gaststättengewerbe oder in der Pflege. Die dafür

eigentlich nötigen großzügigeren Einwanderungsregelungen sind politisch schwer zu vermitteln.

Omid Nouripour plädiert ebenfalls für eine Versachlichung der emotionalisierten Debatte durch die Betonung ökonomischer Argumente. Zwar wird der Wohlstandskuchen kleiner, aber demographische Entwicklung und Globalisierung verweisen darauf, dass Migration weiter und zunehmend nötig sein wird. Die starke Segmentierung und Differenzierung der Produktion benötigt mobile und flexible Arbeitskräfte. Untersuchungen aus den USA zeigen, dass in kulturell heterogenen Städten Lohnniveau und Innovationskraft am höchsten sind. Vielfalt generiert also Arbeit. Aber: Arbeitsangebote und die dafür qualifizierten Menschen müssen zusammengebracht werden. Der Angst vor „kultureller Überfremdung“ (oder auch vor Lohndumping) kann nur mit rationalen Argumenten und einer bedarfsorientierten Steuerung der Einwanderung begegnet werden – wie sie etwa die Grünen mit ihrem Punktesystem einführen wollten.

Esra Erdem brachte mit ihrem Beitrag die Gender-Dimension in die Diskussion ein, weil sich die Migration für Frauen und Männer unterschiedlich auswirkt: Einerseits hat sie z.B. türkischen Frauen zu eigenem Einkommen und mehr Autonomie verholfen, andererseits hat sich durch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt der Beschäftigungsanteil von Migrantinnen halbiert. Die Bildungschancen haben sich deutlich verbessert, dennoch finden Frauen sich überwiegend im Niedriglohnsektor wieder. Dem Mehr an persönlichen, politischen und sozialen Freiheiten steht die geschlechtsspezifische Diskriminierung auch von staatlicher Seite gegenüber. So verstärkt die Nachzugsregelung die Abhängigkeit vom Ehemann, da der Aufenthalt an die Ehe gebunden ist. Erdem kritisiert die Debatte um den baden-württembergischen Einbürgerungstest, der sich zu 2/3 mit Genderfragen beschäftigt, weil Vorurteile verfestigt werden. Diese Form des Othering führt zu Zuschreibungen, die die Position türkischer Frauen schwächen und Integration verhindern. Auch in feministischen Debatten sei dringend mehr Präsenz von Migrantinnen mit dezidiert antirassistischen Positionen (z.B. Dilek Zaptçioğlu und Yasemin Karakaşoğlu versus Necla Kelek) notwendig.

In der **Diskussion** wurde vor allem die Frage nach den Auswirkungen des Braindrain in den Herkunftsländern aufgenommen. Diese können höchst unterschiedlich sein: Indien hat z.B. davon profitiert, andere verlieren dringend benötigte, selbst ausgebildete Fachkräfte (Beispiel Malawi). Es stehen sich aber auch individuelle Rechte etwa das Recht auf Mobilität, und der gesellschaftliche Bedarf nach Entwicklung konkurrierend gegenüber. Patrick Taran argumentierte, dass dies nur verändert werden kann, wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen sich global verbessern und daher der Migrationsdruck sinkt. Die Gerechtigkeitslücke in der globalen Migration muss durch globale Regelungen geschlossen werden. Eine weitere Frage richtete sich auf den Bedarf nach Arbeitsmigration in verschiedenen Segmenten: Omid Nouripour zitierte den Bericht des Sachverständigenrates, der für 14 Segmente einen Bedarf an Mittel- und Höherqualifizierten feststellte. Jeroen Doomernik warnte dagegen davor, staatliche Lenkungsmöglichkeiten zu überschätzen.